

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Werner Bohlen-Janßen

Ratsmitglied Jörn Felbier

Ratsmitglied Oliver Gerriets

Ratsvorsitzende Ursula Glaser

Ratsmitglied Martin Harms

Ratsmitglied Uwe Heinemann

Beigeordneter Stephan Hellwig

Ratsmitglied Byrte Janßen

Ratsmitglied Brigitte Klee

Ratsmitglied Michael Kunze

Ratsmitglied Helmut Möhle

Ratsmitglied Prof. Günter Reuter

Ratsmitglied Jasmin Tegge

Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion

Ratsmitglied Nurhayat Bakir

Bürgermeister Holger Barkowsky

Ratsmitglied Peter Debring

Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger

Ratsmitglied Sabine Gastmann

Ratsmitglied Howard Jacques

Ratsmitglied Petra Kolbe

Ratsmitglied Uwe Reese

Ratsmitglied Hermann Stolle

Beigeordneter Michael Veh

Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Katja Breuer

Ratsmitglied Rainer Büscher

Ratsmitglied Erika Lach

Ratsmitglied Peter Sokolowski

Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi

Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion

Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion

Beigeordneter Stefan Becker
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP

Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

Dezernenten

Stadtrat Oliver Leinert
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Amt für Umweltschutz und Bauordnung Niksa Marusic
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Rechnungsprüfungsamt Heike Jacobs
Geschäftsführerin Reinhard-Nieter-Krankenhaus Andrea Aulkemeyer
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Michael Janßen
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Gäste

Planungsbüro SSR „Schulten Stadt- und Raumentwicklung“ Marc Lukas Schulten
Planungsbüro SSR „Schulten Stadt- und Raumentwicklung“ Dr. Volker Kreuzer

Protokollführerin

Protokollführerin Bianka Götz

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Sabine Aretz
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Norbert Schmidt

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 11

B. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 12

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

3	Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 15.10.2014	
4	Aktuelle Stunde	
5	Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses	
6.1	Neuwahl von zwei Mitgliedern des Grundstücksverkehrsausschusses	264/2014
6.2	Wahl eines/einer Wahlbevollmächtigten und seines/ihres Vertreters/Vertreterin für die Versammlung der Wahlbevollmächtigten zur Wahl von ehrenamtlichen RichterInnen am Verwaltungsgericht Oldenburg	272/2014
6.3	Berufung eines Lehrervertreeters in den Schulausschuss	281/2014
7.1.1	Neubildung des Zweckverbandes JadeWeserPark	243/2014
7.2.1	Nahverkehrsplan 2014	252/2014
7.2.2	Bebauungsplan Nr. 56 / 3. Änderung - Neuengroden Nord (Kreierei)- Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	292/2014
7.2.3	Bebauungsplan Nr. 156 (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und Erschließungsplan 028 (VEP 028) - Tonndeich/Ulmenstraße - (mit Örtlicher Bauvorschrift) Aufstellungsbeschluss	295/2014
7.2.4	STEP Plus Wilhelmshaven Integrierter Stadtentwicklungsplan - Handlungskonzept	300/2014
7.3.1	Aufstellung einer Statue auf dem Bismarckplatz	288/2014
7.4.1	Bestellung von Herrn Stadtrat Leinert zum kommissarischen Betriebsleiter GGS	283/2014
7.5.1	Verbesserung der Stadtsauberkeit	202/2014
8	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	
9	Einwohnerfragestunde	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die **Ratsvorsitzende** teilte mit, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage 202/2014 „Verbesserung der Stadtsauberkeit“ von der Tagesordnung zurückziehe. Der TOP sei für die Sitzung des Rates am 03.12.2014 vorgesehen.

Frau Weinstock und **Herr Sokolowski** baten daraufhin, die Beschlussfassung über den TOP um eine weitere Woche zu vertagen.

Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass der TOP bereits auf der zugegangenen Ratseinladung für den 03.12.2014 stehe. Es könne allenfalls aus den Reihen des Rates ein Antrag auf Vertagung in der Sitzung selbst gestellt.

Die Tagesordnung wird in der soeben vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 15.10.2014

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 15.10.2014 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Zur Durchführung der „aktuellen Stunde“ lagen keine Anträge vor.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es bestand kein Informationsbedarf.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)**6.1** Neuwahl von zwei Mitgliedern des Grundstücksverkehrsausschusses **264/2014**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.11.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Zu Mitgliedern des Grundstücksverkehrsausschusses werden gewählt:

1. Herr Oliver Gerriets, Fichtestr. 9, 26384 Wilhelmshaven
2. Herr Howard Jacques, Flutstr. 260, 26388 Wilhelmshaven

6.2 Wahl eines/einer Wahlbevollmächtigten und seines/ihrer Vertreters/Vertreterin für die Versammlung der Wahlbevollmächtigten zur Wahl von ehrenamtlichen RichterInnen am Verwaltungsgericht Oldenburg **272/2014**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.11.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Als Wahlbevollmächtigte zur Wahl der Vertrauensleute des beim Verwaltungsgericht Oldenburg bestehenden Ausschusses zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter wird

Frau Marion Fiedelak, Leiterin Referat 5
(Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht),

und als ihr Vertreter

Herr Gerd-Dieter Mönck, Leiter Fachbereich 11
(Personalservice),

gewählt.

6.3 Berufung eines Lehrervertreters in den Schulausschuss **281/2014**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 24.11.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Auf Vorschlag der Personalvertretung der Lehrerinnen und Lehrer der BBS Friedenstraße wird **Frau Gabriele Runge**, wohnhaft Oestinger Str. 22, 26452 Sande, durch den Rat der Stadt Wilhelmshaven in den Schulausschuss berufen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Ratsfrau Breuer)7.1.1 Neubildung des Zweckverbandes JadeWeserPark**243/2014**

Frau Breuer trug den im Rat am 15.10.2014 vertagten Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vor.

Sowohl **Herr Dr. von Teichman** als auch **Herr Hellwig** begrüßten ausdrücklich den erneuten Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zum Zweckverband JadeWeserPark nach dessen notwendig gewordener Neugründung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt den Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zum Zweckverband JadeWeserPark Friesland-Wittmund-Wilhelmshaven mit der in Anlage 1 vorgelegten Verbandsordnung.
2. Geringfügige, z.B. redaktionelle, Änderungen des Entwurfs, soweit diese im Rahmen der Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde noch erforderlich werden, können vom Verwaltungsausschuss beschlossen werden.

7.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)7.2.1 Nahverkehrsplan 2014**252/2014**

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 14.10.2014 vor.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass die Fortschreibung des Nahverkehrsplans seiner Meinung nach mehr eine Bestandsaufnahme als eine Fortschreibung sei und forderte die Verwaltung auf, den ÖPNV im Stadtgebiet weiter zu verbessern.

Herr von den Berg pflichtete den Ausführungen von **Herrn von Teichman** bei. Gerade in Bereich Klimaschutz müsse es zu einer Umorientierung im ÖPNV kommen. Auch der demografische Wandel (Mobilität im Alter) müsse Berücksichtigung finden.

Herr Jacques führte aus, dass der Nahverkehrsplan durchaus auch Positives zu vermelden habe. Die Verantwortlichen bei den Stadtwerken würden Meldungen aus der Bevölkerung aufgreifen und umsetzen. Abschließend bat er um Zustimmung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2014 der Stadt Wilhelmshaven wird in der vorliegenden Fassung beschlossen.

7.2.2 Bebauungsplan Nr. 56 / 3. Änderung -Neuengroden Nord (Kreierei)- **292/2014**
Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 18.11.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z.Z. geltenden Fassung den Bebauungsplan Nr. 56/ 3. Änderung - NEUENGRODEN NORD (KREIEREI)-, aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB, als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-11) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 22.10.2014 mit den Angaben nach § 2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. § 9 Abs.8 des BauGB beigelegt.

Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 13) und beschließt, dass der für das Stadtgebiet vorliegende Flächennutzungsplan 1973 in der Fassung, die er durch die o.g. Änderung bzw. Ergänzung erfahren hat, neu bekannt zu machen ist.

7.2.3 Bebauungsplan Nr. 156 (vorhabenbezogen)/Vorhaben- und **295/2014**
Erschließungsplan 028 (VEP 028) -Tonndeich / Ulmenstraße - (mit
Örtlicher Bauvorschrift) - Aufstellungsbeschluss

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 18.11.2014 vor. Er begrüßte, dass mit dem Bebauungsplan eine Verdichtung im Stadtgebiet erfolge und bat um Zustimmung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548) die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 156 (vorhabenbezogen)/ Vorhaben- und Erschließungsplans 028 (VEP 028) – TONNDEICH / ULMENSTRASSE - (mit Örtlicher Bauvorschrift) im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3(1) und 4(1) BauGB.

7.2.4 STEP Plus Wilhelmshaven

300/2014

Integrierter Stadtentwicklungsplan - Handlungskonzept

Herr Schulten vom Planungsbüro „SSR Schulten Stadt-Raumentwicklung“ aus Dortmund erläuterte ausführlich den Bericht zum integrierten Stadtentwicklungsplan, bestehend aus den Ausgangs- und Rahmenbedingungen, dem Handlungskonzept und einem Anhang, anhand einer Bildschirmpräsentation. *Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.*

Herr Hellwig dankte dem Büro SSR für die geleistete Arbeit. Die CDU-Fraktion hatte ursprünglich die Beschlussvorlage lediglich zur Kenntnis nehmen wollen. Jetzt habe man erfahren, dass der Rat über die vorgelegten Punkte abstimmen solle. Er bemängelte in diesem Zusammenhang die gewählte Formulierung der Beschlussvorlage und bat, künftig die Beschlüsse konkreter zu fassen.

Herr Dr. von Teichman dankte neben dem Büro SSR und Herrn Michael Janßen vom Fachbereich 61 ausdrücklich auch allen beteiligten Bürgerinnen und Bürgern, wenn auch die Beteiligung im Laufe des Entwicklungsprozesses gesunken sei. Leider habe das Dialogverfahren in seiner Wahrnehmung zu keinen neuen Erkenntnissen geführt. Ihm würden konkrete Vorschläge fehlen. Insbesondere das große Problem des demografischen Wandels werde nicht behandelt. Das wäre aber von entscheidender Bedeutung gewesen.

Herr Debring sah das vorgelegte Handlungskonzept ebenfalls eher skeptisch und hielt den Nutzen für die Stadt für stark eingeschränkt. Es fehle an konkreten Handlungsanweisungen bzw. Lösungen. Aus den genannten Gründen sollte sich der Rat auf eine zustimmende Kenntnisnahme beschränken.

Herr Leinert gab den Herren Dr. von Teichman und Debring insofern Recht, als dass tatsächlich Konflikte beschrieben, aber nicht gelöst werden. Es sei aber auch nicht Aufgabe des Büros SSR gewesen, Lösungen zu benennen.

Frau Breuer erklärte, dass die Gruppe Grüne/WBV das Handlungskonzept eher als einen Ideengeber oder Leitfaden sehe. Man müsse nicht alles darin gut finden, könne das Konzept aber generell zustimmend zur Kenntnis nehmen. Allerdings werde man sich auch die Ablehnung eines Einzelbeschlusses vorbehalten.

Sowohl Frau Weinstock als auch **Herr Walpurgis** gaben zu verstehen, dass ihre Fraktion das Konzept lediglich zur Kenntnis nehme.

Herr Föhlinger stellte folgenden **Änderungsantrag**:

„Der Rat nimmt die Punkte 1, 2, 4 und 6 lediglich zur Kenntnis. Über die Punkte 3 und 5 beschließt der Rat, da hier für die Verwaltung Handlungsbedarf besteht.“

Oberbürgermeister Wagner stellte daraufhin einen Antrag zur Geschäftsordnung und bat um **getrennte Abstimmung zu den Punkten 3 und 5**.

Frau Breuer stellte einen Antrag auf Sitzungsunterbrechung.

Die **Ratsvorsitzende** ließ zunächst über den **Änderungsantrag** von Herrn Föhlinger abstimmen:

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

(bei 1 Enthaltung Walpurgis und 12 Gegenstimmen Gruppe BASU/Hammadi und Gruppe Grüne/WBV)

„Der Rat nimmt die Punkte 1, 2, 4 und 6 lediglich zur Kenntnis. Über die Punkte 3 und 5 beschließt der Rat, da hier für die Verwaltung Handlungsbedarf besteht.“

Anschließend wurde die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

Nach **Wiedereintritt in die Tagesordnung** ließ die Ratsvorsitzende zunächst über den **Punkt 3** der Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt-

(1 Enthaltung Walzner und 11 Gegenstimmen),

Bei allen Planungen, einschließlich des Flächennutzungsplans, sind die Aussagen des Handlungskonzeptes im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB als städtisches Entwicklungskonzept zu berücksichtigen.

Dann ließ **Ratsvorsitzende Glaser** über **Punkt 5** der Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss: - mehrheitlich zugestimmt-

(3 Gegenstimmen Gruppe BASU/Hammadi),

Der Stadtentwicklungsprozess soll zukünftig weiter zusammen mit den Bürgern gestaltet werden. Dazu soll ein Beirat für Stadtentwicklung eingerichtet werden.

Die Punkte 1, 2, 4 und 6 der Beschlussvorlage nahm der Rat zur Kenntnis.

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat beschließt:

3. Bei allen Planungen, einschließlich des Flächennutzungsplans, sind die Aussagen des Handlungskonzeptes im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB als städtisches Entwicklungskonzept zu berücksichtigen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt aus den Handlungsfeldern und Leitprojekten ein fachübergreifendes Handlungsprogramm für die gesamte Stadt, einschließlich seiner Eigenbetriebe und Gesellschaften aufzustellen, alle 2 Jahre fortzuschreiben und über ein begleitendes Monitoring seine Umsetzung zu kontrollieren und seinen Erfolg zu überprüfen.

Der Rat nimmt zur Kenntnis:

1. Der vorgelegte Bericht (Teil 1: Ausgangs- und Rahmenbedingungen, Teil 2: Handlungskonzept und Teil 3: Anhang) zum Integrierten Stadtentwicklungsplan Wilhelmshaven wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Das Handlungskonzept bestehend aus den Entwicklungszielen, dem räumlichen Leitbild, dem gesamträumlichen Handlungskonzept mit seinen 7 wichtigsten Handlungsfeldern und 5 Leitprojekten, stellen den übergeordneten Handlungsrahmen für die künftige Stadtentwicklung dar.
4. Die im Handlungskonzept genannten Leitprojekte sollen mit Vorrang umgesetzt werden.
6. Der Stadtentwicklungsprozess soll zukünftig weiter zusammen mit den Bürgern gestaltet werden. Dazu soll ein Beirat für Stadtentwicklung eingerichtet werden.

Die Anlage (Bericht) ist Bestandteil des Beschlusses.

7.3 Ausschuss für Sport und Kultur (Ratsherr Möhle)7.3.1 Aufstellung einer Statue auf dem Bismarckplatz**288/2014**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Kultur und Sport vom 13.11.2014 vor. Er dankte dem Drehorgelspieler August Desenz, der Spenden für die Errichtung der Statue gesammelt hat.

Herr Becker äußerte sich kritisch zur geplanten Denkmalsaufstellung. Aus Sicht der WBV sei es undenkbar, ein Denkmal dieser Art aufzustellen, denn es widerspreche jedem demokratischen Denken.

Auf die Bitte von **Herrn Hammadi**, ob man die bezifferten Kosten in Höhe von 800 €/Jahr konkretisieren könne, erklärte **Herr Leinert**, dass es sich um durchschnittliche Kosten handle.

Herr von den Berg würdigte das Engagement von Herrn Desenz, zeigte sich aber verwundert über den Einsatz von Spenden für das Bismarck-Denkmal. Er persönlich hätte eine andere Denkmalsform für besser gehalten.

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass es sich bei Otto von Bismarck um eine problematische Figur der Deutschen Geschichte handle. Die öffentliche Diskussion über die geplante Aufstellung des Denkmals habe gerade erst begonnen. Aus diesem Grund stelle er einen **Antrag auf Vertagung**, um eine öffentliche Diskussion zu zulassen. Zudem sei seinerzeit im Kulturausschuss ein Entwurf von Dr. Hartmut Wiesner und nicht der jetzt vorgelegte Entwurf vorgestellt worden.

Herr Walpurgis kündigte an, dass seine Fraktion die Beschlussvorlage ablehnen werde.

Herr Sokolowski erklärte, dass man zwar die Umgestaltung des Bismarckplatzes unterstütze, aber auf keinen Fall die Errichtung einer überlebensgroßen Statue dort. Er halte es für notwendig, mit der Bevölkerung in einem Dialog zu treten. Aus diesem Grund würde seine Fraktion die Beschlussvorlage ebenfalls ablehnen.

Herr Debring unterstützte den Vorschlag von Herrn Sokolowski.

Herr Föhlinger brachte für die Fraktionen von SPD und CDU folgenden **Ergänzungsantrag** ein:

„Weiterhin wird die Stadtverwaltung beauftragt, für die Teilnehmer der Novemberrevolution von 10.11.1918 eine Gedenkeinrichtung in der Gökerstr. in Höhe der „Elisenlust“ aufzustellen.“

Begründung:

Bismarck, für den ein Denkmal auf dem gleichnamigen Platz errichtet werden soll, stand für den preußischen Obrigkeitsstaat. Aus diesem Grund beantragen SPD- und CDU-Fraktion, ergänzend zum obigen Antrag, auch denen ein Denkmal/Statue zu widmen, die gegen diesen Obrigkeitsstaat preußischer und oldenburgischer Prägung gekämpft haben. Das taten während der Novemberrevolution am 10. November 1918 rund 100.000 Zivilisten und Soldaten mit ihrem Sprecher Bernhard Kuhnt vor dem Tanzlokal „Elisenlust“ in der Gökerstraße, als sie den Oldenburger Großherzog für abgesetzt erklärten. Bernhard Kuhnt und den nach Freiheit drängenden Soldaten und Bürgern ist deshalb ein Denkmal/Statue vor oder an der „Elisenlust“ zu setzen.“

Herr Hellwig gab zu bedenken, dass trotz gewisser Vorbehalte gegen die Person von Bismarcks, sein Name auch für soziale Reformen stehe. Die CDU-Fraktion werde deshalb der Vorlage zustimmen.

Frau Breuer brachte ihr Unverständnis über den vorgelegten Ergänzungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU zum Ausdruck. Wer solle die Kosten für ein weiteres Denkmal tragen?

Herr Stoffers äußerte formelle Bedenken gegen den Ergänzungsantrag. Die Aufstellung eines Denkmals/Statue für die Teilnehmer der Novemberrevolution sei ein eigenes Thema und stehe in keinem Zusammenhang mit der Aufstellung einer Bismarck-Statue auf dem Bismarckplatz. Der Ergänzungsantrag sei nicht vorbereitet und sollte daher auf die Tagesordnung der Ratssitzung im Dezember gesetzt werden.

Herr Dr. von Teichman beantragte nochmals eine Vertagung der Beschlussvorlage.

Die **Ratsvorsitzende** ließ über den Geschäftsordnungsantrag von **Herrn Dr. von Teichman** abstimmen.

Der **Vertagungsantrag zu Tagungsordnungspunkt 7.3.1** wurde bei 20 Gegenstimmen **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 20 Ja-Stimmen: CDU-Fraktion, Barkowsky, Föhlinger, Kolbe, Jacques, Will und 19 Nein-Stimmen der übrigen Ratsmitglieder)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Aufstellung einer Statue des Namensgebers Otto von Bismarck anlässlich der 200. Wiederkehr seines Geburtstages am 1. April 2015 auf dem Bismarckplatz zu.

Er nimmt die Schenkung (Statue und Sockel) der August-Desenz-Drehorgel-Stiftung gemäß § 111 Abs. 7 NKomVG an.

7.4 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude
(Beigeordneter Hellwig)

7.4.1 Bestellung von Herrn Stadtrat Leinert zum kommissarischen Betriebsleiter GGS **283/2014**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven“ vom 13.11.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Bestellung des Stadtrates Oliver Leinert zum kommissarischen Leiter des Eigenbetriebes GGS mit sofortiger Wirkung und bis zum Dienstantritt einer/eines Nachfolgerin/Nachfolgers wird zugestimmt.

7.5 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Beigeordneter Veh)

7.5.1 Verbesserung der Stadtsauberkeit **202/2014**
zurückgezogen

8 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Oberbürgermeister Wagner informierte die Mitglieder des Rates über bevorstehende und vorangegangene Themen.

Finanzausgleich 2015

Am 20.11.14 seien vom Land vorläufige Berechnungsgrundlagen zur Verfügung gestellt worden. Danach hätte sich die bisherige Kalkulation für Zuweisungen für Gemeindeausgaben (Bemessung nach Einwohnerzahl und Steuerkraft) als richtig erwiesen. Ein Problem stelle die Zuweisungen für Kreisaufgaben dar. Eine Komponente bei der Berechnung dieser Zuweisung stellen die sog. Soziallasten der Kreise dar (in WHV: Ausgaben des FB Soziales) dar. Da die Kreise bei der Grundsicherung im Alter mittlerweile zu 100% vom Bund entlastet würden, seien sie aus Sicht des Landes weniger „bedürftig“. Dies führe bei der Stadt zu einer prognostizierten Mindereinnahme von 3,4 Mio. €.

Verkauf städt. Seniorenwohnheime

Es lege inzwischen ein lukratives Angebot für den Kauf der städt. Seniorenwohnheime „Karl-Hinrichs-Stift“ und „Lindenhof“ vor, wodurch das städt. Defizit deutlich verringert werden könne.

9 Einwohnerfragestunde

Da weder Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde noch Fragen zur soeben abgehandelten Tagesordnung vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

gez.

Glaser
Ratsvorsitzende

gez.

Wagner
Oberbürgermeister

gez.

Götz
Protokollführerin